Information der betroffenen Person: Abmeldung Wohnsitz

Verantwortlichkeiten

Verantwortlich für die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten ist:

Magistrat der Stadt Bensheim

Kirchbergstraße 18
64625 Bensheim
Deutschland

Telefon: 06251 14-0
E-Mail: info@bensheim.de

Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten

Sie erreichen unseren Datenschutzbeauftragten unter folgenden Kontaktdaten:

Datenschutz im Quadrat GmbH
E-Mail: datenschutz@bensheim.de

Zweck der Verarbeitung

- Eine Abmeldung ist nur bei Wegzug ins Ausland oder bei Aufgabe einer Nebenwohnung erforderlich. Die Abmeldung ins Ausland ist der Meldebehörde unter Vorlage des Ausweises/Passes oder Übermittlung der Passdokumente schriftlich oder persönlich unter Angabe der Auslandsadresse mitzuteilen. Personen können auch auf Amtswegen abgemeldet werden. Die Abmeldung ist gebührenfrei.

Rechtsgrundlage

- Die Verarbeitung ist zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung gem. Art. 6 Abs. 1 lit. c DS-GVO erforderlich. § 17 (2) BMG

Quellen der personenbezogenen Daten

- Die Daten werden bei der betroffenen Person direkt erhoben durch: mündlich oder schriftlich
- Die Daten werden durch eine Behörde oder öffentlich rechtliche Stelle bereitgestellt: Meldebehörde

Kategorien der personenbezogenen Daten

- Kontaktdaten Familienname, frühere Namen, Vornamen unter Kennzeichnung des gebräuchlichen Vornamens, Anschrift, Doktorgrad, Ordensname, Künstlername, Geburtsdatum und Geburtsort sowie bei Geburt im Ausland auch den Staat und Geschlecht, Auslandanschrift, Datum der Abmeldung, Unterschrift

Speicherdauer

- Aufbewahrung: §13 (2) BMG 50 Jahre (+5 Jahre). Abmeldungsformulare werden nach 10 Jahren vernichtet. Löschung: §14 BMG

Mögliche Folgen der Nichtbereitstellung

- Die Abmeldung kann nicht durchgeführt werden.

Empfänger der personenbezogenen Daten außerhalb der Organisation

- Öffentliche-Stelle: Behörde, Organ der Rechtspflege, öffentlich-rechtliche Einrichtung des Bundes, bundesunmittelbare Körperschaften, Anstalten, Stiftungen und deren Vereinigungen gem. § 2 Abs. 1-3 BDSG. Andere Meldebehörden, Träger der Deutschen Rentenversicherung, Staatliches Schulamt, ARD, ZDF Deutschlandradio, Finanzamt, Hessisches Statistisches Landesamt, öffentlich-rechtliche Religionsgesellschaften, Datenübermittlung an Suchdienste, Bundesamt für Personalmanagement, Kraftfahrt-Bundesamt, Bundesveraltungsamt, Ausländerzentralregister, Wahlbehörde, bei Kindern zusätzlich Hessisches Kindervorsorgezentrum und an andere sonstige Stellen soweit diese zur Erfüllung einer öffentlichen Aufgabe erforderlich sind
- Ekom21 (EKOM21)

Übermittlung der Daten an ein Drittland oder internationale Organisation

- Keine

Rechte der betroffenen Person

- Das Recht auf Auskunft: Jede betroffene Person hat das Recht, von uns eine Bestätigung darüber zu erhalten, ob personenbezogene Daten verarbeitet werden und auf Auskunft über diese Daten sowie auf weitere Informationen und Kopien dieser Daten.
- Das Recht auf Berichtigung: Jede betroffene Person hat das Recht, die unverzügliche Berichtigung unrichtiger personenbezogener Daten zu verlangen.
- Das Recht auf Löschung („Recht auf Vergessenwerden“): Jede betroffene Person hat das Recht, die unverzügliche Löschung ihrer personenbezogenen Daten zu verlangen.
- Das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung: Jede betroffene Person hat das Recht, die Einschränkung der Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten zu verlangen.
- Das Recht auf Datenübertragbarkeit: Jede betroffene Person hat das Recht, die sie betreffenden personenbezogenen Daten, die sie uns bereitgestellt haben, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu erhalten.
- Das Widerspruchsrecht: Jede betroffene Person hat das Recht, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung sie betreffender personenbezogener Daten, die aufgrund von Art. 6 Abs. 1 lit. e oder f DSGVO erfolgt, Widerspruch einzulegen. Sofern durch uns personenbezogene Daten über die betroffene

Person zum Zweck der Direktwerbung verarbeitet werden, kann die betroffene Person gegen diese Verarbeitung gem. Art. 21 Abs. 2 und Abs. 3 DSGVO Widerspruch einlegen.

Die betroffene Person hat ferner das Recht, sich bei einer Aufsichtsbehörde zu beschweren, wenn sie der Ansicht ist, dass die Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten gegen die DSGVO verstößt.

Die für uns zuständige Aufsichtsbehörde ist: Der Hessische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit